Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846
1846

105 (14.7.1846)

Visual Library

Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 kr. für Baden.

Landtags-Zeitung.

Man abonnirt bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 105.] Verhandlungen der badischen Stände im Jahre 1846. [14. Juli.]

Herausgegeben von dem Abgeordneten **Karl Mathy**. — Redigirt von **Karl Stein**. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Zweiunddreißigste öffentliche Sitzung der II. Kammer.

(Schluß.)

Bezüglich auf Rastadt bemerkt Müller, daß in der ersten Zeit des Festungsbaues, im Jahre 1842, wo die Zahl der Arbeiter größer war als sie jetzt ist und künftig sein wird, drei Polizeidiener den Dienst gehörig besorgten, ohne daß man klagen hörte. Jetzt seien aber 11 Polizeidiener da, und die Zahl der Festungsarbeiter sei geringer. Wolle man etwas thun, so möge es für die Sicherheit der Umgegend geschehen. Die Stadt bedürfe keine Verstärkung der Polizeimannschaft.

Der Antrag der Commission, die geforderte Vermehrung abzulehnen, wird angenommen.

Bissing glaubt, daß der auswärtige Amtstag in Neunkirchen, Amts Neckargemünd, als unnöthig wegfallen sollte. Derselbe habe keinen andern Zweck, als daß der Beamte recht bald nach Aglasterhausen in das Kasino komme und 1⅔ Diäten beziehe.

Weizel entgegnet, daß mit der neuen Gerichts-Organisation eine Aenderung eintreten müsse.

Schaaff weist die dem Beamten gemachten Vorwürfe als ungegründet zurück und behauptet, daß der Amtstag in Neunkirchen im Interesse der Gemeinden des vorderen Odenwaldes nöthig sei.

Junghanns I. bedauert, daß der Abg. Bissing sich durch Privatmittheilungen habe täuschen lassen. Er ist auch kein Freund der auswärtigen Amtstage; die neue Organisation werde helfen.

Bissing hält es für auffallend, daß ein solcher Amtstag in einem Orte, das am Ende des Bezirks liegt und in einem Wirthshause gehalten wird; auch falle es auf, daß der Beamte 1⅔ Diät, der Assessor nur 1 Diät rechnet. —

Für Kosten wegen Untersuchungen und Bestrafungen werden jährlich 190,000 fl. oder 25,000 fl. mehr als im vorigen Budget in Ansatz gebracht. Der Bericht wiederholt die schon öfter gemachte Bemerkung, daß eine namhafte Zahl unnöthiger Untersuchungen zum Besten des Landes wie der Regierung unterbleiben sollten und schlägt vor, nach dem dreijährigen Rechnungsdurchschnitte die Summe von 178,000 fl. zu bewilligen.

Geh. Rath Nebenius und Minist. Rath Vogelmann bemerken, daß es nicht in der Macht der Regierung liege, die Größe dieser Ausgabe zu bestimmen; ein Abzug an der Durchschnittssumme sei eine Selbsttäuschung. (Trefurt. Einerlei, wenn nur gestrichen wird.)

Weller ist dem Antrag der Commission um so mehr beigetreten, als die Ansicht, daß zu viele unnöthige Untersuchungen stattfinden, durch ein Generale des Ministeriums bestätigt worden sei, worin die Beamten angewiesen werden, nicht ohne hinreichende Gründe und nicht wegen jeder Bagatellsache Untersuchungen einzuleiten.

Mathy. Die von der Kommission vorgeschlagene Summe beruht auf dem dreijährigen Rechnungsdurchschnitte, welcher den meisten Budgetsätzen zu Grunde liegt, und wovon ohne triftige Ursachen nicht abgewichen werden sollte. Man kann also nicht sagen, es werde nur gestrichen, um zu streichen; diese Behauptung ist, gelind ausgedrückt, unrichtig. Die Summe wird ausreichen, wenn die Weisung, von welcher der Abg. Weller gesprochen, die erwartete Wirkung thut. Daß auch unnöthige Untersuchungen vorkommen, ist bekannt, bewiesen und zugestanden. Freilich nicht zugestanden in dem Commissionsberichte der ersten Kammer über die Rechnungsnachweisungen (von dem Hofmarschall Freiherrn von Göler), wo es heißt, diese Behauptung sei aus der Luft gegriffen. Dort ist ferner von der zunehmenden Neigung zur Uebertretung der Gesetze die Rede, welche ihren Grund in dem Getreibe der heutigen Zeit habe, in der man den Angriff auf alles Bestehende für liberal, den Widerstand gegen jede Obrigkeit für freisinnig ausgebe; es wird endlich angedeutet, als ob wir der Mahnung an Gesetz und Verfassung bedürften, oder gar ein persönliches Interesse dabei hätten, wenn manche Untersuchungen unterblieben. — Daß der Herr Berichterstatter der ersten Kammer nach seinem Stande und Berufe sich in gänzlicher Unkenntniß dessen befindet, worüber das Volk in dieser Beziehung klagt, ist nicht zu verwundern; ich nehme ihm daher auch nicht übel, wenn er für unbegründet er-

klärt, was vielfach belegt und bewiesen ist. Allein ich erinnere mich nicht, daß eine Arbeit dieser Kammer derartige Beziehungen auf das andere Haus enthalten und daher zu Ausfällen, wie sie hier vorliegen, Anlaß gegeben hätte. Demnach glaube ich, die Herren Berichterstatter der ersten Kammer würden wohl daran thun, unserem Beispiele in dieser Hinsicht zu folgen. Wenn sie aber fortfahren, ihre Berichte zu Niederlagsplätzen von Sticheleien zu machen, so haben sie zu erwarten, daß wir ihnen mit gleicher Münze heimzahlen.

Schaaff. Das ist doch verletzend.

Mathy. Der Bericht ist verletzend.

Geh. Rath Nebenius findet die Auslegung der betreffenden Stellen des Berichts weit hergeholt und hat den Sinn nicht darin gefunden, welchen der Redner denselben unterlegt; er bedauert, daß Aeußerungen, wie die eben vernommene, vorgekommen seien.

Blankenhorn. Auf mich hat der Bericht ebenfalls einen unangenehmen Eindruck gemacht.

Der Präsident wünscht, daß Beziehungen auf die Verhandlungen der andern Kammer vermieden werden, daß aber auch dort die gleiche Rücksicht beobachtet werden möchte.

Bassermann bemerkt, daß der Antrag der Commission, bei dem Rechnungsdurchschnitt stehen zu bleiben, als ein Zeichen gelten könne, daß die Commission vertraue, die von der Regierung an die Beamten erlassene Weisung, unnöthige Untersuchungen zu vermeiden, werde nicht ohne Wirkung bleiben.

Der Antrag der Commission wird angenommen.

Schaaff fragt nach den Gründen, warum die Main-Neckarbahn noch nicht dem Betriebe übergeben werde, wie es nach dem Vertrage geschehen sollte. Der Mangel an Betriebsmaterial und Personal werde doch nicht Schuld sein, denn es sei Zeit genug gewesen, dafür zu sorgen.

Minist. Rath Vogelmann. Von unserer Seite steht der Eröffnung des Betriebs kein Hinderniß mehr entgegen.

Schaaff hat sich aus eigener Anschauung überzeugt, mit welch' großem Eifer die Herstellung der Bahn auf der badischen Strecke betrieben worden ist. Um so mehr muß es Jeden wundern, daß sie nicht bereits dem Betriebe übergeben ist. Es liegt im öffentlichen Interesse, zu erfahren, worin die Hindernisse bestehen, die nach der Erklärung des Herrn Regierungscommissärs nicht von unserer Seite kommen.

Geh. Rath Nebenius. Die Eröffnung hängt von Unterhandlungen zwischen drei Staaten ab, worüber ich nicht in näheres Detail eingehen kann.

Fauth freut sich, hierin die Widerlegung des Gerüchtes zu finden, als ob Hessen das nöthige Betriebsmaterial und das Personal noch nicht vollständig besitze und darin der Grund der Verzögerung zu suchen sei.

Geh. Rath Nebenius. Aus meinen Aeußerungen ist weder eine Widerlegung noch eine Bestätigung zu entnehmen.

Die Sitzung wird geschlossen.

Dreiunddreißigste öffentliche Sitzung der II. Kammer.

Karlsruhe, 11. Juli. Vorsitz des Präsidenten Mittermaier. Regierungscommission: Geh. Rath Nebenius, Geh. Rath Bekk, Ministerialrath Weizel, Ministerialrath Vogelmann.

Der neu eingetretene Abg. Ulrich wird beeidigt, und äußert hierauf nach dem Vorgange seines Freundes Buss, an dessen Seite er Platz genommen, sein Bedauern darüber, daß das Loos, lange unvertreten zu sein, den Bezirk Ettlingen-Rastadt getroffen habe, weil einige Urwähler ihre Mitbürger der Wahlumtriebe beschuldigten und dadurch eine lange Untersuchung veranlaßten. Der größte Theil der Einwohner sprach frei aus, daß sie ihrer Religion treu bleiben wollen und jeder Neuerung abhold seien; eben so sprachen sie ihre treue Anhänglichkeit und Hingebung für den Großherzog und das gesammte großherzogliche Haus offen aus. Dies sind die Umtriebe, deren sich die Ettlinger schuldig gemacht haben. Der Bemerkung in dem Commissionsbericht, daß er jedes Gebäude im Bezirke kenne, hält er entgegen, daß er allerdings die Gebäude abgeschätzt habe; er wünscht, daß jeder Abgeordnete seinen Bezirk so genau kennen möchte, wie er den seinigen kennt.

Petitionen werden übergeben von den Abgeordneten:

Lenz: Bitte der vereinten Zünfte von Pforzheim, um Einführung einer Gewerbeordnung.

Junghanns I.: Bitte der Gemeinde Wiesloch, 1) um Befreiung des zum Haustrunk eingelegten Weines von der Accise; 2) um Aufhebung der Immobiliaraccise. Bitte der Gemeinden Altwieslech, Beiertheim und Schatthausen um Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen Wiesloch und Mauer.

Hecker: Bitte des Hofgerichtsregistrators Cahr zu Freiburg, die Lage und Verhältnisse der Subalternstaatsdiener betreffend.

Ulrich: 1) Bitte der Gemeinden Schielberg und Pfaffenroth, um Aufnahme der Albthalstraße in den Straßenverband; 2) Bitte mehrerer Bürger von Ettlingen um Staatsunterstützung zum Schulhausbau.

v. Itzstein: 1) Bitte der Gemeinden Strümpfelbrunn, Mülben ꝛc., um Aufnahme der Buchener Straße in den Straßenverband; 2) Bitte vieler Bürger von Bretten und Umgegend, a) um Erwirkung, daß außer den Offizieren nur die Militärs, welche im Dienst sind, Waffen tragen dürfen; b) um bessere Beförderung der Briefe ꝛc. auf die Landorte; c) um Anstellung von Thierärzten; d) um Unterstützung der v. Soiron'schen Motion; e) um Preßfreiheit; f) um Verantwortlichkeit der Minister.

Durch das Secretariat: Bitte der gewerbtreibenden Bürger von Ueberlingen, um Einführung einer Gewerbeordnung.

Fortsetzung der Diskussion über das Budget des Ministeriums des Innern (Bericht von Bassermann).

Tit. IX. Allgemeine Sicherheitspolizei (Gendarmerie) 187,134 fl. Seit der Errichtung im Jahre 1831 ist das Personal von 291 auf 392 Köpfe, der Aufwand von 93,000 fl. auf mehr als das Doppelte gestiegen. Durch Einführung der sogenannten Sicherheitsgarden, wie sie in Rheinbaiern bestehen, könnte dieses kostspielige Corps vermindert werden. An dem Aufwande wird nur die Erhöhung des Anschlags für Commandozulagen von 5,310 fl. auf 6,800 fl. beanstandet und vorgeschlagen, den früheren Satz mit 5,310 fl. beizubehalten.

Ministerialrath Vogelmann bemerkt, daß von den Sicherheitsgarden bei dem inneren und äußeren Dienst viel verlangt wird und daher die Frage entstehe, ob dieses Institut im Interesse der Gemeinden liege. Außerdem beträgt die Gendarmerie in Rheinbaiern nach Verhältniß der Bevölkerung nahezu so viel, nach Verhältniß des Flächengehaltes aber mehr als bei uns, so daß hier eine Ersparniß nicht bezweckt würde.

Bassermann entgegnet, daß seine Andeutung nicht widerlegt sei. Die Bürger würden allerdings für ihre Theilnahme an der Polizei einige Beschwerden übernehmen; für außerordentliche Fälle könnte aber alsdann auf ihre Mitwirkung gerechnet, also der Personalstand der Gendarmerie ohne Rücksicht auf solche Fälle bemessen, somit eine Ersparniß erzielt werden. Der Redner begründet sodann den Antrag, daß bei der Gendarmerie keine Pferdefourage bezahlt werde, wenn die Pferde nicht wirklich gehalten werden.

Rettig bemerkt, daß nach einer Verfügung des Ministeriums die Offiziere der Gendarmerie, welche Fouragegeld erhalten, auch Pferde halten müssen. Es bestehe nur noch Eine Ausnahme, welche aufhören werde, sobald der Verlust des Pferdes, welchen der betreffende Offizier erlitten habe, einigermaßen ausgeglichen sein wird.

Bassermann zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Schaaff trägt darauf an, für Commandozulagen die geforderte Summe von 6,800 fl. zu bewilligen. Man könne nicht behaupten, daß zu viele Commando's abgegeben würden, und die Ausgabe lasse sich nicht genau zum Voraus bestimmen, da Commando's gegeben werden müssen, so oft es nöthig wird.

Nombride fügt bei, daß auch im ordentlichen Dienste wegen der großen Bezirke solche Zulagen gegeben werden müssen.

Geh. Rath Nebenius bemerkt, daß der Aufwand für Commandozulagen nur dadurch verringert werden könne, daß das Corps verstärkt werde. Es werde noch eine nachträgliche Forderung zur Verstärkung der Gendarmerie in einer Stadt des Großherzogthums vorgelegt werden.

Bassermann macht darauf aufmerksam, daß früher der Aufwand für Commandozulagen mit 1,910 fl. bestritten worden, also jetzt 5,310 fl. hinreichen, wenn man eine gewisse Grenze einhalte.

Blankenhorn erinnert an das unnöthige Beiziehen von Gendarmen zu Volksfesten ꝛc., wo sie besser wegblieben. Der Redner macht auf die unzweckmäßige Uniformirung der Gendarmen aufmerksam, weßhalb sie z. B. Arrestanten, welche ihnen entgehen wollen, nicht verfolgen können, ohne Tschako u. s. w. wegzuwerfen.

Ministerialr. Vogelmann äußert, daß die Ziffer von 1,910 fl., welche der Herr Berichterstatter als frühern Aufwand angegeben, nicht mit der Summe, welche Er aus den Rechnungen gezogen habe, übereinstimme; er werde sich darüber mit dem Berichterstatter verständigen. Ein Grund der Erhöhung liege auch darin, daß früher nur bei Entfernungen über 5 Stunden, jetzt schon bei 4 Stunden die Zulage eintritt.

Schaaff wundert sich, daß gerade ein Bürgermeister (Blankenhorn) sich gegen die Erhöhung ausgesprochen, da sonst die Bürgermeister immer Gendarmen verlangen. Bei Volksfesten sollen dieselben nur sorgen, daß die ordentlichen Bürger geschützt werden vor Belästigungen durch Gesindel u. s. w. Bezüglich auf die Uniformirung ist der Redner mit der Bemerkung des Abg. Blankenhorn einverstanden, namentlich hält er die Uniform für die Gendarmen auf dem Land und im Gebirg nicht für zweckmäßig. Die Ordonnanz-Tschakos sind zu schwer und die meisten Gendarmen müssen sich auf ihre Kosten leichtere anschaffen. Der Waffenrock wäre auch wohl nirgends mehr als bei diesem Corps am Platz. Er wünscht, daß die Regierung auf diesen Gegenstand Rücksicht nehme.

Martin schließt sich dieser Ansicht an; die jetzige Uniformirung wäre nur für das Exerciren in Reihe und Glied.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

passend; nur in dem Fall könnte sie etwa beibehalten werden, wenn die Gendarmerie dem Militärcontingent eingerechnet würde.

Der Antrag des Abg. Schaaff wird verworfen, und der Antrag der Commission, vorbehaltlich der Richtigstellung der Ziffer, angenommen.

Für verschiedene Ausgaben werden die geforderten 16,330 fl. bewilligt.

Tit. X. Unterrichtswesen.

I. Academischer Unterricht. Universität Heidelberg, jährlich 87,823 fl.

Zunächst wird bemerkt, daß in diesem Budget mancherlei Ausgaben vorkommen, von denen es zweifelhaft ist, ob sie vollkommen gerechtfertigt seien, z. B. 866 fl. Gratificationen, 175 fl. Miethzins für den Gärtner im alten Schloß, 500 fl. für das physikalische Kabinet, welches von Demjenigen, der es wirksam benutzen könnte, nicht benutzt werden darf; endlich die Gewerbsteuer für die Schloßwirthschaft, welche den angeht, der die Wirthschaft für seine Rechnung verpachtet hat.

Im nachträglichen Budget werden weiter gefordert: Zur Gründung eines besonderen Lehrstuhls für das französische und badische Civilrecht und das Verwaltungsrecht 2,000 fl.
Ferner für einen außerordentlichen Professor der Theologie . . . . . 600 fl.

Die Commission glaubt, daß der theologischen Fakultät durch Berufung eines ausgezeichneten Lehrers aufgeholfen werden sollte und schlägt daher vor, die geforderten 600 fl. nicht zu bewilligen, dagegen der Regierung einen Credit von 1,800 fl. anzubieten.

Weiter werden nachträglich gefordert: für Aufbesserung der Klinik 3,000 fl. Endlich noch 1,000 fl. zur Aufbesserung des anatomischen Instituts, des zoologischen und des Modellkabinets, des botanischen Gartens, für Anschaffung physiologischer Hülfsmittel und als Beitrag zu einer Turnanstalt.

Bissing. Die Erfahrung der neuern Zeit zeigt, daß die kleinern Universitäten zurückgehen, und dagegen die größern, besonders in Residenzen befindlichen Universitäten mehr aufblühen. Die Ursachen davon mögen meistentheils darin liegen, daß die Professoren dort höhere Besoldungen und große Nebenverdienste erhalten, und daß daselbst treffliche Anstalten vorhanden sind, welche sowohl Lehrer als Studirende benutzen können. Aber auch noch eine andere Ursache des Verfalls einiger Hochschulen besteht darin, daß die Lehrfreiheit verkümmert und unterdrückt, daß die Professoren beaufsichtigt und überwacht werden; ich mache nur auf die einst herrlich blühende Universität Göttingen aufmerksam, die nun stark in Verfall gerathen ist. — Heidelberg macht jedoch — und dies spreche ich mit Freuden aus — von dieser Erscheinung eine rühmliche Ausnahme, trotz der im Verhältniß zu andern Universitäten geringen Fonds, und der verhältnißmäßig kleinen Einkünfte der Lehrer. Betrachten wir die Ursachen hiervon, so müssen wir der hohen Regierung unsere Anerkennung zollen, und ich als Abgeordneter der Stadt Heidelberg fühle mich insbesondere veranlaßt, hiefür meinen wärmsten Dank auszusprechen. Die Regierung hat die berühmtesten Männer, meist junge Kräfte, die noch lange wirken werden, der Hochschule gewonnen, sie hat diejenigen Institute, die einen besonders praktischen Werth haben, bedeutend verbessert, und zeigt uns durch ihre Vorlage des außerordentlichen Budgets, daß sie die Anstalten für Anatomie, Physiologie, Chemie und Zoologie heben will. Aber vorzugsweise ist anerkennenswerth die Aufrechthaltung der Lehrfreiheit; die Männer der Wissenschaft sind nicht gehindert, alle ihre Forschungen auszubreiten; ein reges wissenschaftliches Leben hat sich hiedurch gestaltet, und große Leistungen sowohl auf dem Katheder als in der Literatur sind die Früchte hiervon. Als eine höchst erfreuliche und zugleich merkwürdige Thatsache führe ich an, daß seit 21 Jahren, während welcher Zeit ich in Heidelberg lebe, nicht eine literarische Celebrität, nicht ein einziger besonders ausgezeichneter Professor einen auswärtigen Ruf angenommen hat. Dies gereicht gewiß der Regierung zur Ehre und ebenso den Professoren. So wie in neuerer Zeit für die medicinische Fakultät in praktischer Beziehung besondere Fürsorge getroffen wurde, wird auch das Bezirksstrafgericht für die Juristen günstigen Erfolg haben; dabei hoffe ich, wird auch ein tüchtiger, ausgezeichneter Gelehrter für das Fach des badischen Civilrechts gewonnen werden. Was die vorgeschlagene Professur in der theologischen Fakultät anbelangt, so stimme ich mit dem Antrage der Budgetcommission überein, und spreche die Erwartung aus, daß die hohe Regierung einen Mann, der einer freien Richtung zugethan ist, berufen wird. — Endlich will ich noch einen Wunsch dahin gehend berühren, daß Colloquien und Disputationen mehr, wie bisher, eingeführt werden möchten, es wird hierdurch zugleich der Vortheil erreicht, daß das geisttödtende Zuviel-diktiren vermindert wird. Ich schließe mit der Hoffnung, daß die Kammer bei der Position der Heidelberger Universität von derselben Ansicht bei ihren Beschlüssen ausgehen möge, wie die Budgetcommission.

(Schluß folgt.)

Nächste Sitzung: Dienstag, 14. Juli. Fortsetzung der Diskussion über das Budget des Ministeriums des Innern.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg